

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/42

3. März 1975

Berlin: Überzeugendes Ja zur Demokratie

Die SPD wird die Gründe für ihre Verluste zu prüfen
und zu erkennen haben

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 29 Zeilen

Im Einklang mit der Mutterpartei

Zu den Ergebnissen des Jusco-Bundeskongresses in
Wiesbaden

Seite 2 / 41 Zeilen

Die Stunde der Demokraten

Rechtstaat muß sich auch gegen Terror bewähren

Seite 3 / 43 Zeilen

Schonungsvolle "Machtergreifung"

Bemerkungen zur Agitation gegen die neue Organisations-
struktur für die Deutsche Welle

Von Dr. Ernst Heinzen
Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 65 846 - 49 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 3766 11

Berlins Überzeugendes Ja zur Demokratie

Die SPD wird die Gründe für ihre Verluste zu prüfen und zu erkennen haben

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender von Berlin
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Wahlen in Berlin fanden in einer außerordentlich komplizierten und völlig ungewöhnlichen Situation statt. Die Berliner Wahlen, die von der Weltöffentlichkeit stets mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt werden, standen an diesem 2. März nicht einmal für die Berliner an erster Stelle. Alle waren bedrückt und in Sorge um Peter Lorenz.

Und sie sind es noch. Denn noch wie vor erfordert die Befreiung von Peter Lorenz die höchste Konzentration aller Verantwortlichen.

Die Wahlen haben bei hoher Beteiligung einmal mehr ein Überzeugendes Ja für die demokratischen Parteien gebracht. Die Totalitären und Radikalen blieben in völliger Bedeutungslosigkeit. Dies ist das wichtigste. Und der "Bund Freies Deutschland", der sich anmaßte, Ernst Reuter für sich zu beanspruchen und der mit großem Aufwand die Wähler zu irritieren versuchte, ist deutlich unter fünf vH geblieben.

Die Sozialdemokraten haben 7,7 vH an Stimmen verloren. Das ist sehr viel. Die Gewinne der CDU erklären sich zu einem guten Teil aus der Solidarität mit Peter Lorenz, die wir Demokraten alle gleich empfinden und die von vielen Wählern in einem Ja für die Partei von Peter Lorenz ausgedrückt wurde. Das ist sehr verständlich.

Selbstverständlich sind aus dieser im guten Sinne solidaritätsbetonten Entscheidung allein die Verluste der SPD nicht zu erklären. Die Analysen müssen sich besonders mit dem beträchtlichen Rückgang der SPD-Stimmen in den traditionell sozialdemokratisch wählenden Bevölkerungsgruppen befassen. Und die Berliner SPD wird mehr als bisher deutlich zu machen haben, welche soliden Leistungen auf allen Gebieten sie vollbringt und welche fundamentalen Verbesserungen für Berlin beispielsweise durch die Vertragspolitik erreicht wurden. Denn alledem hatte die CDU Vergleichbares nicht entgegenzusetzen.

Die drei demokratischen Parteien im Abgeordnetenhaus haben Veranlassung, den Berliner Wählern zu danken, daß sie Überzeugend demokratisch gewählt haben.
(-/3.3.1975/ks/pr)

+ + +

Im Einklang mit der Mutterpartei

Zu den Ergebnissen des Juso-Bundeskongresses in Wiesbaden

Was sich beim Wiesbadener Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD vollzogen hat, war ein schmerzhafter, aber notwendiger Klärungsprozeß. Das heißt umtrittene, nach harten, manchmal zu emotional geführten Diskussionen angenommene Positionspapier hat eine Basis geschaffen, die jedermann deutlich macht, daß Jungsozialisten nicht in die Nähe autoritärer Staatstheorien gedrückt werden können. Die klare Mehrheit des Kongresses hat unterstrichen, daß Theorie und Praxis der Jungsozialisten im Einklang mit der Politik der Gesamtpartei stehen müssen. Der neu gewählte Vorstand unter der Führung der wiedergewählten Heidemarie Wiczorek-Zeul scheint Garant dafür zu sein.

Die neuen Vorstandsmitglieder hatten dieses Material vorgelegt und ihre Kandidatur von der Annahme des Acht-Punkte-Papiers abhängig gemacht. Jetzt wird es den Handlungsspielraum für den neuen Bundesvorstand abgrenzen, der eine bessere und effektivere Zusammenarbeit mit der Gesamtpartei ermöglicht. Schade nur, daß diese Klärung erst in Wiesbaden zustande gekommen ist. Hätten diejenigen, die die Bundesvorstandslinie vertraten, die Auseinandersetzung mit den Anti-Reformaten, die gelegentlich mit dem Begriff "Stamokap" belegt wurden, schon früher gesucht, dann wäre in der Vergangenheit mancher Ärger erspart geblieben.

Ein Wort an die Delegierten, die in Wiesbaden unterlegen waren. Sie sollten eine Dankpause einlegen und ihre eigene Position reflektieren. Sie sind am Zuge, um deutlich zu machen, wie sie sich eine weitere Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand vorstellen. In dem Positionspapier wird einer Fraktionierung innerhalb der Jungsozialisten eine klare Absage erteilt. Daraus gilt es Konsequenzen zu ziehen. Dies heißt jedoch nicht, daß jene Delegierten, die dem Positionspapier nicht zustimmen konnten, jetzt zum "Abschuß" freigegeben werden. Verhängnisvoll wäre es auch, wenn sich die Parteiführung - egal ob auf Unterbezirks-, Bezirks- oder Bundesebene - in den in Wiesbaden eingeleiteten Klärungsprozeß einmischen würde. Das ist alleinige Sache der Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft.

Erfreulichstes Ergebnis der Wiesbadener Konferenz ist das Faktum, daß unter die seit Jahren andauernde Diskussion über politische Theorien ein vorläufiger Schlußstrich gezogen wurde. Für alle eine befreiende Situation. Jetzt heißt es, an die Arbeit zu gehen und Juso-spezifische Praxisfelder zu besetzen. Das verabschiedete Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein guter Ansatz, um die arbeitende Jugend stärker als bisher in die Arbeit der Jungsozialisten einzubeziehen. Aber auch bei der Schülerarbeit und im universitären Bereich sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Der neue Bundesvorstand wird hart und massiv arbeiten müssen, um den in Wiesbaden eingeleiteten Klärungsprozeß abzuschließen und große Erfolge bei der lernenden und arbeitenden Jugend verbuchen zu können.

Gode Japs
(-/3.3.1975/ka/pr)

Die Stunde der Demokraten

Rechtsstaat muß sich auch gegen Terror bewähren

In diesen Tagen bietet sich im Schatten des Verbrechens von Berlin in der Öffentlichkeit ein makeber groteskes Bild: Gestandene Politiker müssen sich gegen die direkt oder indirekt vorgetragene Anschuldigung verteidigen, ihre der demokratischen Verfassung unseres Staates verpflichtete Politik arbeite den Terroristen in die Hände, ja habe diese überhaupt erst ermutigt, auf den Plan zu treten. Bei manchem erweist sich angesichts solch giftiger Demagogie, auch wenn er sie nur augenzwinkernd duldet, die vielbeschworene Solidarität der Demokraten in Stunden der Bedrängnis als zynisches Lippenbekenntnis, als pure Heuchelei.

Wo ist denn der Verantwortung tragende Politiker oder verantwortungsbeübte Beobachter in unserem Gemeinwesen, der Terroristen toleriert oder ihre Kriminalität begatelligiert? Unser demokratischer Staat ist nicht wehrlos; er weiß die rechtsstaatlichen Normen, ohne die es kein menschenwürdiges Leben gibt, gegen Gewalttaten von außen und innen zu schützen. Banküberfälle, Morde und auch Entführungen und Geiselnahmen werden jedoch seine Sicherheitsorgane nie völlig ausschließen können. Das ist keine Frage von Demokratie und Liberalität oder der politischen Ordnung überhaupt. Gewaltverbrechen werden auch in Diktaturen mit ihren jegliche bürgerliche Spontanität abwürgenden Polizeilappaturen und Spitzelssystemen begangen. Dafür gibt es genug aktuelle Beispiele.

Terror verschwindend kleiner Gruppen kann aber keinerlei funktionierenden Staat und auch keine intakte Demokratie stürzen. Tödliche Gefahr droht jedoch der Demokratie von der geschürten Hysterie auf derlei Gewaltakte. Die Vergiftung der liberalen Atmosphäre durch Aufpeitschen der Emotionen in der Bevölkerung, die Überreaktionen der staatlichen Organe den Weg bereiten sollen, können dem demokratischen Rechtsstaat den Bazillus der Auszehrung einpflanzen.

Es ist erschreckend, welche eindeutig undemokratische, auf Beschneidung des freiheitlichen Maßes abzielende Parolen zur Zeit in aller Öffentlichkeit erhoben werden. Hier sind Kräfte am Werk, die entweder tatsächlich einen anderen - weniger freiheitlichen - Staat wollen, oder deren Kampagnen, wären sie erfolgreich, doch dahin führen könnten. An den Demokraten ist es, diese Maßlosigkeiten, ob bewußter oder unbewußter Natur, mit dem Sinn für die Realitäten dieses Rechtsstaates entgegenzutreten.

Claus Preller
(-/3.3.1975/ks/ja)

+ + +

Schonungsvolle "Machtergreifung"

Bemerkungen zur Agitation gegen die neue Organisationsstruktur für die Deutsche Welle

Von Dr. Ernst Heinen

Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle

Prof. Dr. Roman Herzog, stellv. Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle, befürchtet eine "Machtergreifung in der Deutschen Welle" durch die geplante neue Organisationsstruktur und die Vorschläge des Intendanten Walter Steigner zur Besetzung einiger Führungspositionen. Besteht diese Furcht zu Recht?

Der Rundfunkrat hat am 7. Februar 1975 dem zuständigen Verwaltungsrat zum Teil einstimmig, zum Teil mit großer Mehrheit empfohlen, der neuen Organisationsstruktur zuzustimmen. Er jedenfalls hat die von Prof. Herzog vermischten sachlichen Gründe für die Umstrukturierung bejaht und ist damit genau dem Monahan-Bericht gefolgt, der nach Prof. Herzog angeblich in keinem organisatorischen Punkt mehr beachtet worden ist. Von den Vorschlägen Monahans werden jetzt z.B. die Schaffung einer neuen Leitungsebene zwischen dem Chefredakteur und den Programmredaktionen und den Zentralsdiensten, die Zusammenlegung der Zentralsdienste Politik und Kultur und der beiden Koordinationen und die Bildung einer neuen Abteilung Musik verwirklicht.

Abweichend soll lediglich die Koordination zwischen den Zentralsdiensten und den einzelnen Programmredaktionen als besonders wichtige Aufgabe nicht, wie Monahan vorgeschlagen hatte, einem stellv. Chefredakteur ("Programmdirektor") zugewiesen werden, sondern dem Chefredakteur selbst. Dessen von Monahan für unumgänglich gehaltene Entlastung soll dafür durch die Berufung von zwei stellv. Chefredakteuren erreicht werden, von denen einer für die Sprechensredaktionen, der andere für den neuen einheitlichen Zentralsdienst Wort verantwortlich sein soll. Übrigens hat der Rundfunkrat diese Verteilung der Aufgaben auf den Chefredakteur und seine beiden Stellvertreter einstimmig - mit der Stimme von Prof. Herzog! - gebilligt; umstritten waren im wesentlichen lediglich die Bestellung von zwei Stellvertretern und die Tatsache, daß das deutsche Programm unmittelbar dem Chefredakteur unterstellt wird.

Die Sonderstellung dieses Programms nach Umfang und Inhalt versteht sich an sich von selbst; daraus folgt jedoch noch lange nicht, daß es jemals zum "Leitprogramm" werden könnte: die Deutschen im Ausland sind schließlich an ganz anderen Informationen interessiert als die Chinesen, Inder oder Hausa, die in ihrer Sprache angesprochen werden und die Berichte etwa über den bundesrepublikanischen Streit über die Steuerreform sehr schnell abschalten würden.

Die Vorschläge des Intendanten zur personellen Besetzung konnte der Rundfunkrat lediglich zur Kenntnis nehmen; insoweit ist allein der Verwaltungsrat zuständig. Was dieser beschließt, bleibt abzuwarten. Aber

auch wenn man die Vorschläge Steigners betrachtet, schießt Prof. Herzog weit über das Ziel hinaus, wenn er eine "Machtergreifung" der linientreuen Koalitionspolitiker zu erkennen glaubt: Der als Chefredakteur vorgeschlagene Journalist Ernst Weisenfeldt steht eher der CDU nahe als der Koalition; von den vorgeschlagenen Stellvertretern erwähnt Herzog zwar den der FDP angehörenden Herrn Schmücker, verschweigt aber, daß der andere, Herr Harre, ein "linientreuer" CDU-Mann ist. Auch erwähnt Herzog nicht, daß von den drei dem Chefredakteur gleichgestellten Direktoren zwei CDU-Mitglieder und einer nicht parteigebunden sind. Was Herzog schließlich als "Chefkoordinator" bezeichnet, ist lediglich ein technischer Gehilfe des (CDU-nahen) Chefredakteurs, der in Wirklichkeit selbst der Chefkoordinator ist und der durch die unmittelbare Unterstellung des deutschen Programms auch dieses "Leitprogramm" in der Hand hat.

Da scheint es viel eher verständlich, daß die Sozialdemokraten im Hause jetzt eine neue Machtergreifung der CDU wittern. Dies damit abzutun, daß Chefredakteur und Programmdirektor Personen sind, "gegen deren Integrität" Prof. Herzog zwar nichts einzuwenden hat, die aber über sechzig sind und daher "auf die Dauer keinen wirklichen Einfluß ausüben können", ist nicht nur ein geschmackloses Argument, sondern übersieht auch die fachliche Kompetenz und Erfahrung der beiden Herren. Man hätte Prof. Herzog mehr Augenmaß gewünscht. Und wenn man sich schließlich daran erinnert, daß unter CDU-Regierungen die gesamte Leitung des Hauses fest in Händen der CDU war - Intendant, Chefredakteur, zwei Direktoren und der Vorsitzende des Verwaltungsrats gehörten der CDU an, ein Direktor war parteilos und nur der Vorsitzende des Rundfunkrats (mit einem weiteren Rundfunkratsmitglied und zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats) wurden großzügig der Opposition überlassen -, dann kann man nur hoffen, daß alle "Machtergreifungen" mit so viel Rücksicht gegenüber der demokratischen Opposition erfolgen.
(-/ 3.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller